

# HÄNDE WEG VON KOMMUNALEM EIGENTUM

Kommunalwahlprogramm 2007



**DIE LINKE. PDS**



## Inhaltsverzeichnis

I. Arbeit und Wirtschaft	4
<i>Wohnen</i>	6
<i>Stadtentwicklung</i>	9
II. Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement stärken	12
III. Linkspartei.PDS Dessau-Roßlau - sozial und solidarisch	14
<i>Gesundheit</i>	16
IV. Erziehung, Bildung, Schulentwicklung und Ausbildung von der KiTa bis zur Hochschule	17
<i>Aus- und Weiterbildung</i>	20
<i>Hochschule</i>	22
V. Demokratie vor Ort - Ortsteilvertretungen stärken	23
<i>Persönliche Sicherheit</i>	25
VI. Mobilität - umweltfreundlich und leistungsfähig	26
VII. Kultur, Tourismus und Sport	27
<i>Dessau-Roßlau - die Sportstadt</i>	28

## Dessau - Roßlau lebenswert, liebenswert, kulturvoll, weltoffen

### die Chance für neue Lösungen

Liebe Bürgerinnen und Bürger von Dessau-Roßlau,

die Linkspartei.PDS in unserer Stadt wirbt mit diesem Programm um Ihre Stimmen zur Kommunalwahl. Das Ihnen vorliegende Wahlprogramm 2007 wird Ihnen die Möglichkeit geben, die Qual der Wahl am 22. April 2007, für den neuen Stadtrat, zu erleichtern.

Mit den Debatten um die „Reformen“ der Bundesregierung, der Arbeitsmarkt-, Gesundheits-, Sozial- und Rentenpolitik ist das Vertrauen in eine bürgernahe, an den Lebensinteressen der hier ansässigen Menschen orientierten Politik weiter geschwunden. CDU und SPD und alle anderen neoliberalen Kräfte werden diesem Kurs der Umverteilung von unten nach oben nichts wirklich entgegen setzen. Die Situation der öffentlichen Haushalte wird immer aussichtsloser, nicht anders ist es in Dessau. Soziale Gerechtigkeit ist zu einer Farce verkommen, mit dem der Sozialabbau als Reform verkauft werden soll.

Hohe Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und kultureller Kahl-schlag gefährden nach wie vor die Lebensqualität in unserer Heimatstadt und vermitteln Perspektivlosigkeit. Regulierungsversuche wie das Verschließen von Räumen, oder das Abdrehen von Heizungen in Wohnungen von ALG- II Empfängern, wie sie in anderen Städten schon passieren, um den zustehenden Wohnraum auf diesem Wege einzuschränken, verdeutlichen die Perversität aktueller Politik und die Ohnmacht der Herrschenden und ihrer Konzepte.

Das birgt die Gefahr, dass rechtes Gedankengut aus Protest Raum greift. Dieses bleibt in jedem Fall menschenverachtend und demokratiefeindlich und wäre die falsche Entscheidung.

Deshalb keine Stimme den rechten Parteien wie DVU und DSU.

Die Absicht der Spitze der Verwaltung in Dessau, voran der amtierende Oberbürgermeister Karl Gröger, die Einbeziehung der Bürger bei der Straßenausbaubeitragssatzung auf eine Anhörung zu beschränken, verdeutlicht, dass hier nur der Schein von Demokratie gewahrt wird, aber eine echte Einbeziehung und souveräne Entscheidung des Bürgers die Allmacht der Verwaltung nur stört. Der dramatische Bevölkerungsrückgang und die Abwanderung, vor allem junger Menschen, verlangt für die Stadtentwicklung neue Denkansätze. Stadtentwicklung kann und darf nicht mehr mittels Ausdehnung und expansiven Wachstums erfolgen, sondern muß langfristig konzipiert, ökologisch und nachhaltig gestaltet werden. Gerade deshalb ist es so wichtig, dass die Menschen in unserer Stadt sich an den Konzepten zum Stadtumbau beteiligen und sich einbringen dürfen, es ist Ihre/unsere Stadt, in der wir eine Perspektive haben wollen und uns wohl fühlen möchten.

Nur mit einer starken Fraktion der Linkspartei.PDS wird eine solidarische und sozial gerechte Politik in Dessau-Roßlau einklagbarer. Setzen Sie mit uns gemeinsam auf Arbeit, Bildung und Zukunft.

*Frank Hoffmann*  
*Vorsitzender des Stadtvorstandes*  
*Die Linke. Dessau-Roßlau*

## I. Arbeit und Wirtschaft

Unsere Doppelstadt Dessau-Roßlau hat sich zu einem modernen Verwaltungs-, Dienstleistungs- und Einzelhandelsstandort entwickelt. Landesbehörden, Informations- und Kommunikationswirtschaft, Handel sowie Handwerks- und Gewerbebetriebe haben sich etabliert. Eingebettet in eine reizvolle attraktive Landschaft bietet unsere Stadt seinen Besuchern das weltweit bekannte UNESCO- Welterbe und Gartenensemble des Dessau-Wörlitzer Gartenreiches. Weitere UNESCO- Welterbestätten wie das Bauhaus und das Biosphärenreservat „Mittlere Elbe“ prägen unsere Heimatstadt Dessau-Roßlau.

**Zukunftsfaktor:**  
Arbeit und Innovation - Ohne die Möglichkeit durch einen gesellschaftlich anerkannten Beitrag, entsprechend der persönlichen Möglichkeiten, wird es kein selbstbestimmtes Leben geben.

Seit 2005 ist Dessau-Roßlau die Stadt des Umweltbundesamtes, eine Verwaltung im nationalen Maßstab. Im Jahr 2005 wurde die Eingemeindung der Ortschaften Rodleben und Brambach vollzogen. Vor allem mit dem Industriestandort Rodleben wurde die Wirtschaftskraft unserer Stadt gestärkt.

Trotz dieser positiven Entwicklung müssen die Standortfaktoren weiter verbessert und eine spürbare Senkung der Arbeitslosigkeit erreicht werden. Die Ansiedlung weiterer Unternehmen ist dafür eine wichtige Voraussetzung.



## Wir treten ein für

- die Ausrichtung der Arbeitsförderungsmaßnahmen auf die Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze,
- die Unterstützung der ortsansässigen Freiberufler, Selbständigen, kleinen und mittelständischen Unternehmen und die Ansiedlung weiterer Betriebe, insbesondere des produzierenden Gewerbes u.a. durch geeignete Aktivitäten des Wirtschaftsausschusses und entsprechender Netzwerke,
- geschlossene Wirtschaftskreisläufe
- eine aktive Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik durch die Belegung des Beirates für Wirtschaftsförderung unter der Leitung des Oberbürgermeisters,
- die Weiterentwicklung des Wirtschaftsförderungskonzeptes, um ein planmäßiges, zielgerichtetes und abgestimmtes Handeln in Bereichen wie Verkehr, Wohnen und Tourismus zu erreichen, in dem ein integriertes und transparente Wirtschaftsentwicklungs- und -förderkonzept erarbeitet und vorgelegt wird,
- die Einrichtung eines Investorenservices für einen schnellen und unkomplizierten Zugang zur Verwaltung und zu Förderinstrumenten,
- den wirksamen Einsatz der Fördermittel, durch die parlamentarische Kontrolle der Ausreichung, Verwendung und Abrechnung gesichert wird,
- starke kommunale Unternehmen, die qualifiziert arbeiten und verbraucherfreundliche Preise für Energie, Wasser, Abwasser, Abfall und Stadtreinigung anbieten, für die Schaffung kommunaler Unternehmensverbände, um die Betriebe konkurrenzfähiger zu machen sowie die Preise stabil zu halten,
- ein gemeinsames Gewerbeflächenmanagement mit den umliegenden bzw. im Zuge der Gebietsreform zu Dessau kommenden Gemeinden,
- die besondere Berücksichtigung von ortsansässigen Unternehmen bei öffentlichen Aufträgen,

- die Entwicklung beider Innenstädte zu einem attraktiven Einkaufs- und Flanierzentrum,
- den Ausbau der touristischen Infrastruktur, insbesondere die Informations- und Nahverkehrsangebote sowie die Entwicklung von Ganz- und Mehrtageskonzepten, um die Zahl der Gäste und auch ihre Aufenthaltsdauer in Dessau zu erhöhen mit dem Ziel, die Region Anhalt mit einem gemeinsamen Tourismusmanagement europaweit anzubieten,
- den Ausbau und Verbesserung der wirtschaftlichen und vor allem der touristischen Kontakte mit der Lutherstadt Wittenberg. Die Potenziale der gesamten Region von Dessau-Roßlau, Wörlitz, Oranienbaum und Wittenberg besser zum gegenseitigen Vorteil nutzen,
- eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Stadt, Umweltbundesamt, Hochschule und Bauhaus, um das Potenzial der Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen in Projekte der Stadtentwicklung zu integrieren für eine regionale sowie internationale Vermarktung des Hochschulstandortes Dessau-Roßlau,
- einen starken öffentlichen Beschäftigungssektor durch effiziente sozialverträgliche Arbeitszeitmodelle, um die Qualität sogenannter weicher Standortfaktoren wie Kinderbetreuung, Verwaltungsservice, Kultur und Umwelt zu erhöhen.

## Wohnen

### Kein Verkauf von kommunalem Wohneigentum

In der letzten Wahlperiode haben sich, auch auf Grund des aktiven Wirkens der Linkspartei.PDS im Stadtrat, die Wohnbedingungen in Dessau wesentlich verbessert.

Die Linkspartei.PDS setzt sich für die Fortführung dieser positiven Entwicklung, aber auch für den Erhalt einer sozial ausgewogenen Bevölkerungsstruktur in den Wohngebieten ein. So ist dem Bedarf an kleinen, zeitgemäß ausgerüsteten und für jedermann bezahlbaren Wohnungen besser als gegenwärtig zu entsprechen. Sozial Bedürftigen ist aktive Hilfe in Notfällen zu gewähren Die Stadt trägt die Verantwortung





für die Koordinierung der dazu erforderlichen Maßnahmen. Das betrifft insbesondere ein abgestimmtes Wirken der großen Wohnungsunternehmen in enger Verbindung mit Vereinen und Verbänden der Mieter und privaten Vermieter sowie den Bürgerinitiativen in den einzelnen Wohngebieten.

Die Linkspartei.PDS wird sich wie bisher für sozial verträgliche Lösungen bei anhaltenden Konflikten, so etwa bei ungeklärten Vermögensangelegenheiten, Garagenstreit und alternativen Wohnformen einsetzen. Wir werden uns dem Bestreben entgegenstellen, diese Probleme unter Hinweis auf die schwierige Haushaltssituation als unlösbar beiseite zu schieben. Die Stadt hat durchaus noch Handlungsspielraum, vor allem dann, wenn sie bereit ist, mit den Betroffenen und nicht über ihre Köpfe hinweg tätig zu werden.

Die Linkspartei.PDS wird auf der Grundlage der von ihr maßgeblich mitbestimmten wohnungspolitischen Leitlinien der Stadt Dessau weiterhin einen eigenständigen durch soziales Engagement geprägten Beitrag für lebenswertes Wohnen in Dessau-Roßlau leisten.

## Wir treten ein für:

- die organisatorische Einbindung der städtischen Wohnungspolitik in das Konzept der integrierten Stadtentwicklung „Stadtumbau Ost“,
- die gleichberechtigte und abgewogene Förderung zur Miete und Bildung von Wohneigentum in unterschiedlichen Formen,
- die bedarfsgerechte Pflege und Modernisierung des Wohnungsbestandes und Wohnungsneubau. Bei auftretenden Konflikten zwischen bisherigen und neu entstehenden Wohnstandorten hat die Stadt ihren Einfluss auf die Ausgleichung von Nachteilen für die betroffenen Wohnungsunternehmen geltend zu machen,
- die Absicherung der Garageneigentümer auf kommunalem Grund und Boden bis 2011, ähnlich wie es die Fraktion Linkspartei.PDS im Stadtrat Roßlau erfolgreich durchsetzen konnte,
- sozialverträgliche kommunale Abgaben und Gebühren (insbesondere bei Wasser, Abwasser, Müllentsorgung und Straßenreinigung) und gerechtere und differenziertere Umlagemaßstäbe, wobei kostendeckende Abgaben und Gebühren auf einer exakten und den Tatsachen entsprechenden, nachvollziehbaren Kalkulation basieren müssen,
- die Erstellung und/oder Fortschreibung von Miet-, Heiz- und Betriebskostenspiegeln - auch unter Bereitstellung von kommunalen Haushaltsmitteln, um Transparenz zu gewährleisten und die Wohnkosten beeinflussen zu können,
- eine effektive und zügige Bearbeitung der Wohngeldanträge, die Erteilung von Wohnberechtigungsscheinen und aller anderen Angelegenheiten, die der sofortigen und unbürokratischen Hilfe im Notfall bedürfen,
- eine energische Vertretung kommunaler Interessen gegenüber den Vorhaben der Landesregierung.

## Stadtentwicklung

Die Linkspartei.PDS setzt sich dafür ein, dass unsere Stadt Dessau-Roßlau mit ihren Ortschaften für und mit seinen Einwohnern als eine Stadt mit bürgerfreundlichem und modernem Antlitz entwickelt wird. Das soll im Kontext zu Stadtbild prägender Architektur, in enger Beziehung zur Landschaft mit weitläufigen Grünzonen, Wasserflächen, öffentlichen Uferwegen und in Verbindung mit allen Facetten ihrer Geschichte in vielfältigen Stadt- und Lebensräumen geschehen.

Es sind die Vorzüge unserer Stadt als Teil des Weltkulturerbes weiter auszubauen.



Die Konzeptlosigkeit der Landesregierung bei der Planung der Gebietsreform setzt die regionale Bedeutung des Oberzentrums Dessau-Roßlau aufs Spiel. Und es fehlt ein Gesamtentwurf für die Stadt, der die Grundlage für eine komplexe, gesamtstädtische Planung bildet. Obwohl in einigen Neubaugebieten vor allem im Wohnungsbestand sichtbare Fortschritte erzielt wurden, besteht nach wie vor großer Entwicklungsbedarf. Deshalb sollen hier Prioritäten gesetzt werden, um vielfältige Möglichkeiten und verstärkt Mittel für eine beschleunigte Verbesserung der Lebensbedingungen in den Bevölkerungsschwerpunkten der Stadt zu erschließen.

Ein wichtiges Anliegen ist für uns, dass die aktive Mitwirkung und das eigene Engagement der Bürgerinnen und Bürger bei der Formulierung und Lösung von Problemen im Wohngebiet und in der Stadt insgesamt notwendig und erwünscht ist.

Die Linkspartei.PDS setzt sich dafür ein, dass

- vor dem Hintergrund der Verschlechterung der Finanzsituation, im Rahmen von Handlungsinitiativen und Förderprogrammen, wie „Zukunft im Stadtteil“, „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau Ost“, neue Möglichkeiten der ganzheitlichen integrierten und komplexen Planung genutzt werden,
- die Stadtverwaltung auf die Bestimmung des städtebaulichen Zentrums und einer städtebaulichen Strategie ( Entwicklung, Umbau, Abriss ) hinwirkt,
- die Stadtverwaltung aufgefordert wird zur effektiven, transparenten und innovativen Gestaltung der Einnahmen- und Ausgabenpolitik einschließlich eines verantwortungsbewussten, kontrollierten und transparenten Umgangs mit Fördermitteln,
- das Entwicklungskonzept der Stadt vom strikten Gebot der Innenentwicklung geprägt ist. In den Stadtteilen sollen durch die Erarbeitung und Umsetzung von integrierten Handlungskonzepten vorhandene Potenziale gestärkt und Defizite zielgerichtet beseitigt werden,
- die Wohn- und Lebenssituation der Menschen nachhaltig verbessert wird,

- die Stadt in ihrer historischen Mitte entwickelt wird. Die Innenstadt soll durch das neue Einkaufszentrum in der Kavaliertstraße und die Entwicklung des Marktes in der Langen Gasse wiederbelebt und attraktiver gestaltet werden, die Stadtteilzentren ihre Besonderheiten in das Gesamtbild der Stadt Dessau-Roßlau einbringen.
- die mit der Umsetzung des Programms URBAN II begonnene Entwicklung der sozialen und kulturellen Infrastruktur der Innenstadt sinnvoll vorangetrieben und die Chancen von URBAN II, dem Stadtentwicklungskonzept und dem ILEG für die Ortschaftsräte besser genutzt werden. In offenen Diskussionen soll mit den Dessauer Bürgerinnen und Bürgern darüber beraten werden, wie sie sich die Zukunft ihrer Heimatstadt vorstellen,
- die Belastung durch den motorisierten Individualverkehr in der Innenstadt verringert werden kann,
- öffentliche Grünanlagen, öffentlich begehbbare durchgehende Uferwege und die über das gesamte Stadtgebiet verteilten Kleingartenanlagen als unverzichtbarer Bestandteil einer lebenswerten Stadt Dessau-Roßlau erhalten und ausgebaut werden,
- der Stadtbau nicht nur Abriss, sondern Umgestaltung beinhaltet,
- der Stadtbau konjunkturelle Impulse für Architekten, Landschaftsplaner, Handwerker und Gewerbetreibende gibt,
- Stadtbau auch Unverwechselbares, Dessau-Roßlau-Spezifisches - mit Mut zum Experiment - im Rahmen der IBA ermöglicht,
- unser neues Sanierungsgebiet Nordwest (um das Bauhaus herum) dem Ruf einer Bauhausstadt gerecht wird,
- der Innenstadtbereich, Fritz-Hesse-Str., Friedensplatz, Bitterfelder Str. (am Theater) und im Ortsteil Roßlau, Hauptstraße, wesentlich aufgewertet wird.

## II. Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement stärken

Eine kommunale Selbstverwaltung lebt davon, dass sich die Bürgerinnen und Bürger vor allem an den Entscheidungsprozessen, die ihr Leben unmittelbar berühren, beteiligen und sich für die Stadt engagieren.

Dies zu unterstützen ist ein erstrangiges Anliegen der Linkspartei.PDS Dessau-Roßlau.

Dazu gehört als Grundprinzip jeglicher städtischer Verwaltungsarbeit die frühzeitige Information und die Einbeziehung der Einwohner zu anstehenden Problemen der Stadt.

**Zukunftsfaktor:**  
Bürgerbeteiligung und Mitbestimmung setzen das Wissen über die Möglichkeit des persönlichen Beitrages politisch gestalten zu können voraus und die Erfahrung, dass dies auch gewollt ist.

Bürgerbeteiligung muss nicht nur angeboten werden, sondern gesucht und gefördert werden. Auf die Bürger zugehen heißt, Einwohnerversammlungen und Sprechstunden in den Wohngebieten durchzuführen und Planungsunterlagen möglichst unkompliziert und vor Ort nahe zu bringen.

Die Linkspartei.PDS setzt sich unter anderem dafür ein, Probleme des steigenden Grundwassers, und die damit eintretenden Schäden an Häusern und Anlagen wie z.B. in den Ortsteilen Dessau-Alten, Klein- und Großkühnau und Roßlau vor Ort mit den Bürgern zu beraten und geeignete Maßnahmen zur Abwendung von Schäden festzulegen.

Einen wichtigen Beitrag bei der Verwirklichung von mehr Bürgerbeteiligung und einer demokratischen Mitgestaltung sieht die Linkspartei.PDS in der Umsetzung ihres Beschlussantrages, in den einzelnen Stadtteilen, analog der Ortschaftsräte in den Vororten Dessaus, Stadtteilbeiräte zu bilden. Es soll möglich werden, dass sich Einwohner der Stadtteile direkt in die Gestaltung des Wohnumfeldes einbringen können. Das betrifft vor allem Probleme des Stadtumbaus.

Unser Grundanliegen ist es, dass Bürgerinnen und Bürger ihre demokratischen Rechte, unter anderem durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheide, wahrnehmen. Wir unterstützen berechnete Forderungen von Interessengemeinschaften und Bürgerinitiativen, die darauf gerichtet sind, den politischen Willen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in bindende Beschluslagen umzusetzen.



Die erfolgreiche Wahrnehmung demokratischen Mitwirkens zeigte sich in dem von einem Personenbündnis mit der Linkspartei.PDS durchgeführten Bürgerbegehren zum Erhalt der Dessauer Stadtwerke als 100 %iges kommunales Eigentum.

Die Linkspartei.PDS setzt sich ein:

- für die Stärkung der Rolle des Stadtrates gegenüber der Stadtverwaltung als höchste, demokratisch legitimierte Bürgervertretung. Wir begleiten ein aufzubauendes Ratsinformationssystem als Baustein für eine virtuelle Stadt. Unser Anspruch ist ein gläsernes Rathaus, mehr Transparenz der Arbeit des Rates und der Verwaltung.
- für die Fortführung einer direkten und unkommentierten Berichterstattung der im Stadtrat befindlichen Parteien und Wählergruppen im Amtsblatt,
- für eine enge Einbeziehung orts- und sachkundiger Bürgerinnen und Bürger bei der Entscheidungsfindung der Stadträte der Linkspartei.PDS, um nicht am Bürger vorbei, sondern mit ihm, notwendige kommunale Aufgaben zu lösen. Deshalb sind Beratungen der Linkspartei.PDS vor Ort ein fester Bestandteil

bei der Umsetzung des Kommunalprogramms der Linkspartei.PDS.  
Dazu gehört die verstärkte Zusammenarbeit der Ortschaftsräte mit der Fraktion der Linkspartei.PDS.

- für die Einbeziehung von Schülern und Studenten in den Meinungsbildungsprozess des Stadtrates zur Entwicklung von Dessau-Roßlau und für eine Zusammenarbeit mit Schüler- und Studentenräten.

### III. Linkspartei.PDS Dessau-Roßlau - sozial und solidarisch

In unserer Gesellschaft gibt es keine gleichberechtigte Teilnahme der Menschen am gesellschaftlichen Leben. Die Unterschiede zwischen den Menschen, die arm und reich, krank und gesund, beschäftigt und nichtbeschäftigt sind, verschärfen sich.

Mit der Agenda 2010 und den Reformen auf dem Arbeitsmarkt setzt sich der Prozess der ständig steigenden Einkommensarmut weiter fort und verschärft die Finanznot der Kommunen.

**Zukunftsfaktor:**  
Soziale Gerechtigkeit muss dem Einzelnen spürbar im Alltag widerfahren, nur so kann der Mensch an der Gesellschaft interessiert und zur Mitwirkung motiviert werden.

Steigende Kosten bei der Grundsicherung, der Sozialhilfe und die Einführung des Arbeitslosengeldes II wird unsere Stadt durch erhöhte Zahlungen von Wohngeld und Hilfe zum Lebensunterhalt weiter belasten. Der Prozess des „Sparens“ in den Kommunen wird dadurch unsolidarisch vorangetrieben.

Die Linkspartei.PDS Dessau-Roßlau setzt sich deshalb für die Erhaltung und den Ausbau der sozialen Infrastruktur ein, um Menschen in schwierigen finanziellen und sozialen Lebenslagen ein leistungsstarkes Angebot an Beratungsstellen zu bieten.

Die Sozialpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, deshalb sind Konzepte notwendig.



## Die Linkspartei.PDS Dessau-Roßlau setzt sich ein für:

- die Erarbeitung eines sozialpolitischen Konzeptes, das aufzeigt, wie sich die soziale Kommunalpolitik bei ständig sinkenden Einwohnerzahlen entwickeln soll,
- die Sicherung der finanziellen Grundlagen der Arbeit der Freien Träger und die damit verbundene Aufrechterhaltung der freiwilligen Leistungen auf dem Gebiet der sozialen und gesundheitlichen Betreuung, für den Erhalt der Schuldnerberatungsstellen bei den freien Trägern,
- politische und parlamentarische Einbeziehung aller Generationen in den Meinungsbildungsprozeß durch die Bildung eines Kinder- und Jugendparlamentes, durch eine qualifiziertere Weiterführung des Seniorenbeirates, die Stärkung des Stadtfrauenrates, den Erhalt einer hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten, den Erhalt des Sozial-kulturellen Frauenzentrums und Erhöhung der parlamentarischen Mitsprache,
- die Einführung des Projektes „Bürgerarbeit“ in der Stadt Dessau-Roßlau, das heißt für uns Ausdehnung des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, um es Arbeitssuchenden zu ermöglichen, eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit aufnehmen zu können,
- die Errichtung einer Beschäftigungsgesellschaft sowie Fortführung und Ausbau der bestehenden sozialen Projekte,
- die Unterstützung der Begegnungsstätten für kulturelle Aktivitäten und Festen ausländischer Einwohnerinnen und Einwohner,
- die Hilfe und Unterstützung von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger bei deren Eingliederung in unserer Stadt,
- die jährliche Anpassung der Kosten der Unterkunft an die Preisentwicklung der Versorgungsträger und weitere Mitarbeit am Freien Sozialen Runden Tisch zur Vermeidung von Härtefällen,
- die Einführung des Sozialpasses der Stadt Dessau im künftigen Stadtteil Roßlau und Prüfung um die Erweiterung auf den Bereich des ÖPNV,

- die Fortführung der Unterstützung von Menschen, die sich mit der Bitte um Hilfe in besonderen sozialen Lebenslagen und Fragen an uns wenden,
- die Fortführung der Mitarbeit im Bündnis für soziale Gerechtigkeit der Region Dessau-Roßlau zur Verhinderung von weiterem Sozialabbau und zunehmender Kinderarmut,
- die Einbeziehung von Nichtleistungsempfängern in den Maßnahmenkatalog der Arbeitsagentur, Grundeinkommen für alle!
- Sicherstellung der Antragsannahme vor Ort.

## Die Gesundheit

ist Grundvoraussetzung eines selbstbestimmten, erfüllten Lebens.

**Zukunftsfaktor:**  
Der Geldbeutel des Einzelnen darf nicht das Kriterium für seine Lebensqualität und Lebenserwartung sein.

Der Erhalt des städtischen Klinikums als Eigenbetrieb ist ein vorrangiges Ziel der Linkspartei.PDS im Stadtrat. Die Gesundheitsfürsorge, besonders für sozial benachteiligte Menschen, ist zu erhalten und weiter auszubauen. Die medizinische Grundversorgung der Dessauer und Roßlauer Bürgerinnen und Bürger ist durch eine Sicherung des Hausarztsystems zu gewährleisten.

Ein Großteil der Dessauer und Roßlauer Bevölkerung ist bereits im höheren Alter, dem trägt die Linkspartei.PDS in ihrem Engagement Rechnung. Auch bei dieser Altersgruppe gilt - die Würde des Menschen ist unantastbar. Wichtig ist uns die selbstbestimmte Teilhabe von Seniorinnen und Senioren am gesellschaftlichen Leben in Dessau und Roßlau.

Dazu wird die Linkspartei die parlamentarische Initiative ergreifen und sich dafür einsetzen, dass die Stadt Dessau-Roßlau der Erklärung von Barcelona (barrierefreie Stadt) beitrifft, aufbauend auf die Erfahrungen in der Stadt Roßlau.

Die PDS setzt sich ein für:

- die Schaffung von bezahlbarem, alten- und behindertengerechtem Wohnraum, auch im betreuten Wohnen,
- saubere Parks und innerstädtische Grünanlagen, attraktive innerstädtische Gastronomie, intakte Gehwege und einen gut organisierten Nahverkehr, die den Interessen und Bedürfnissen älterer Menschen weitestgehend Rechnung tragen.



#### **IV. Erziehung, Bildung, Schulentwicklung und Ausbildung von der KiTa bis zur Hochschule**

Kinder und Jugendliche von heute sind diejenigen, die in den nächsten Jahrzehnten unsere Stadt Dessau-Roßlau maßgeblich mitgestalten.

Ziel der Dessauer Linkspartei.PDS ist es deshalb, alles zu tun, dass unsere Kinder und Jugendlichen die Chance erhalten, selbstbestimmt aufzuwachsen und ihren Platz in der Gesellschaft zu finden.

Die Linkspartei.PDS in Dessau-Roßlau strebt optimale Bedingungen für die individuelle Entfaltung aller bei gleichen

Bildungschancen in allen Ebenen der Bildung und Erziehung an Kindergärten, allgemeinbildende und berufsbildende Schulen, Hochschulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung sind Kristallisationspunkte kommunaler Entwicklung. Die gesellschaftliche Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen in unserer Stadt darf sich nicht nur auf den passiven Konsum der angebotenen Erlebnis- und Freizeitwelt beschränken. Dazu gehört auch die politische und parlamentarische Einbeziehung von Kindern, Schülern, Jugendlichen und Studenten in den Meinungsbildungsprozeß durch die Bildung eines Kinder- und Jugendparlamentes und Umsetzung von Projekten der eigenständigen Lebensgestaltung. Die bewusste Wahrnehmung des aktiven Wahlalters „16“ ist dazu ein konkreter Schritt.

Die bestehende Grundversorgung mit Kindertages- und Hortplätzen muss unabhängig vom jeweiligen Träger erhalten und - wo nötig - verbessert werden. Ziel der Linkspartei.PDS ist es, den Eltern ortsnah einen KiTa-Platz anzubieten. Wir setzen uns dafür ein, dass flexible Angebote zur Förderung und Betreuung von Kindern in guter Qualität ortsnah angeboten werden, dass sie vor allem ihren Bildungsauftrag erfüllen können.

Wir wollen eine Trägervielfalt von kommunalen und freien Trägern in der Kinder- und Jugendarbeit vor Ort erhalten. Deshalb halten wir eine vollständige Vergabe der Einrichtungen an freie Träger für falsch.

Wir treten ein für:

- ein bedarfsgerechtes Angebot an KiTa-Plätzen,
- einen festen Bestand von qualifizierten Erzieherinnen und Erziehern und Sicherung einer kostenfreien Weiterbildung,
- die konsequente Fortführung der Sanierungen der KiTas und die Verbesserung ihrer Ausstattung,
- die bedarfsgerechte Gestaltung der Betreuungszeiten in den KiTas, sozial gerechte Elternbeiträge, die es jedem Kind ermöglichen, die KiTa zu nutzen,
- das Zustandekommen einer umfassenden, abgestimmten Zusammenarbeit zwischen den Kindereinrichtungen und den Grundschulen.

Die Linkspartei.PDS betrachtet die Bildung als ein Grundrecht des Menschen, unabhängig von seiner sozialen Herkunft. Sie widersetzt sich allen Bestrebungen, das Bildungssystem als Ware dem Markt preiszugeben und zu privatisieren.

Die Einführung von Schulgeld steht diesem Grundrecht entgegen und schränkt die Teilhabe bestimmter sozialer Schichten an Bildung ein.

Schule ist ein Ort, an dem Kinder und Jugendliche gemeinsam lernen, soziales Verhalten und Toleranz üben und erleben können und an dem sie sich wohl fühlen.

In der Verantwortung der Stadt Dessau-Roßlau liegt es, durch eine angemessene Ausstattung und kontinuierliche Instandhaltung der Schulen, insbesondere der Grund- und Sekundarschulen, einen erheblichen Beitrag zur Verbesserung des schulischen Klimas zu leisten.

Eine mittelfristige Schulentwicklungsplanung in Dessau verstehen wir als ein auf die Bildungsbedürfnisse der Kinder und Jugendlichen abgestimmtes Netz von Schulen unterschiedlicher Schulformen, Schulstufen und Schularten, dass schließt Privatschulen und Schulen in freier Trägerschaft ein.

Für die Ausgestaltung der Fusion mit Roßlau ist der Erhalt und die möglichst langfristige Sicherung des gymnasialen Standortes im Stadtteil Roßlau wichtig. Ein möglicher Übergang in der Schulentwicklungsplanung sollte allen Kindern bis zur zehnten Klasse den Besuch des Goethe-Gymnasiums ermöglichen.

Die Linkspartei.PDS setzt sich dafür ein,

- dass wohnortnahe Bildungsangebote vor allem im Grundschul- und Sekundarschulbereich vorhanden sind. Dazu sollen auch die gesetzlichen Möglichkeiten zur Kooperation von Schulen unterschiedlicher Schulstufen und Schulformen genutzt werden, um Schulstandorte zu erhalten,

- dass ein Gesamtschulmodell neben anderen Schulformen eine Zukunft hat,
- dass die Mittel für die Schülerbeförderung nicht gekürzt werden,
- dass die finanzielle und personelle Ausstattung außerschulischer Einrichtungen wie Musikschule, Sportgemeinschaften, Vereine und Verbände mit jugendgemäßen Angeboten gesichert wird,
- dass die gesellschaftliche Anerkennung der Pädagogen gefördert wird,
- dass die Gremien demokratischer Mitbestimmung in der Schule in ihrer Wirksamkeit gestärkt und öffentlich anerkannt werden,
- dass die kostenlose Öffnung der Schulen über den Bildungsauftrag hinaus als Räume für vielfältige kulturelle und sportliche Angebote ermöglicht wird, sowie diese als Begegnungsstätten für örtliche Initiativen, Verbände und Vereine kostenlos genutzt werden können,
- dass der Erhalt kleiner Schulen als Begegnungszentren in Stadtteilen verantwortungsvoll mit allen Beteiligten beraten und geprüft wird,
- Erhalt der Roßlauer Kita „Fuchs und Elster“ in kommunaler Trägerschaft. Die so oft beschworene Vielfalt kann nicht heißen, kommunale Trägerschaft in Dessau-Roßlau von vorn herein auszuschließen. Ebenso die Absicherung des Weiterbetriebes der Jugendeinrichtung „Blitzableiter“ und der „Ölmühle“ .

## Aus- und Weiterbildung

**Zukunftsfaktor:**  
 Bildung bleibt der Schlüssel zur sozialen Gerechtigkeit jedes Einzelnen und schafft die Voraussetzung die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Deshalb gleiche Chancen für alle.

Lebenslanges Lernen ist in einer Zeit sich schnell verändernder Bedingungen und Anforderungen in der Arbeitswelt Aufgabe einer jeden Bürgerin und eines jeden Bürgers.

Deshalb gewinnt die Aus- und Weiterbildung auf allen Ebenen zunehmend an Bedeutung. Wesentlicher Grund für die in großen Teilen der jungen Generation vorhandene Zukunftsangst sind die weiterhin sinkenden Chancen, einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz zu finden.

Deshalb treten wir ein für:

- eine nachhaltigere Arbeitsmarktpolitik der Agentur für Arbeit und des Jobcenters SGB II mit der städtischen Verwaltung, den Unternehmerverbänden, den Ausbildungsbetrieben und -einrichtungen, die allen Generationen die Chance gibt, in der Heimatregion für ihren Lebensunterhalt dauerhaft selbstbestimmt zu sorgen. Dazu gehört die Zusammenarbeit mit dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften.
- eine bundesweite Ausbildungsumlagefinanzierung zum Erhalt derzeitiger und zur Schaffung neuer Ausbildungsplätze,
- eine Bindung öffentlicher Auftragsvergaben an die Einhaltung einer Ausbildungsquote und tarifgerechter Bezahlung,
- ein regionales Bündnis für Ausbildungsplätze,
- für den Erhalt und die Weiterentwicklung der Volkshochschule und der am Markt tätigen Privatschulen im Aus- und Weiterbildungsbereich,
- das Recht auf die Gewährung des Anspruchs auf Aus- und Weiterbildung,
- Sicherung und Fortführung von Projekten und Initiativen für eine Berufsfrühorientierung an Sekundarschulen und Gymnasien.



## Hochschule

Dessau-Roßlau ist eine Hochschulstadt. Es gilt, die Potenziale der Studierenden und Lehrkräfte sowie der Mitarbeiter in wissenschaftlichen Einrichtungen der Stadt noch besser für die Stadt zu nutzen.

Die Linkspartei.PDS tritt dafür ein:

- dass der Hochschulstandort Dessau-Roßlau gesichert und entwickelt wird,
- dass studentische Projekte durch die Stadt Dessau-Roßlauunterstützt werden und deren Realisierung eine Chance erhält,
- dass durch Vereinbarungen der Stadt mit der Fachhochschule Anhalt und ihren studentischen Vertretungen sowie mit wissenschaftlichen Einrichtungen eine enge Zusammenarbeit gestaltet wird.





## V. Demokratie vor Ort - Ortsteilvertretungen stärken

Viele Prozesse der vergangenen Entwicklung in der Stadt, vor allem aber die künftigen Umgestaltungen im Zuge des Stadtumbaus, betreffen die Bürgerinnen und Bürger direkt. Die konzeptionellen Vorstellungen für die Gestaltung der Stadtgebiete machen deutlich, dass sich in den nächsten Jahren geschlossene Wohnquartiere entwickeln. Sie werden sich durch eine eigenständige Charakteristik auszeichnen.

Zusammengehörigkeit, lokale Identität und Verantwortung werden für die Bürgerinnen und Bürger immer bedeutsamer. Der Stadtumbau darf nicht dazu führen, dass am Ende in Wohngebieten Schulen, Kindergärten, Vereinshäuser und Kulturstätten fehlen.

Tendenzen der Schaffung von sozialen Ballungsgebieten muss konsequent entgegengewirkt werden. Die Stadt lebt durch ihre Stadtteile. Deshalb wird von uns die Erarbeitung und konsequente Umsetzung von Stadtteil- und Ortsteilkonzeptionen gefordert und unterstützt. Das betrifft vor allem solche Ortsteile, wo erheblich in gewachsene Siedlungsstrukturen durch Industrieansiedlung und Infrastrukturmaßnahmen eingegriffen wurde.

**Zukunftsfaktor:**  
Demokratie verlangt transparente Entscheidungen der Politik und lebt vom Mitmachen der Bürger. Es gibt keine Alternative, jede andere Spielart restauriert altes Unrecht.

Gerade während des Jahrhunderthochwassers und danach wurde deutlich, wie wichtig die Wahrnehmung direkter Verantwortung vor Ort ist. Die Walderseer Bürgerinnen und Bürger sowie die Ortsteile Groß- und Kleinkühnau haben durch das beispielhafte Engagement aktiver Bürgerinnen und Bürger inzwischen eine freiwillige Wasserwehr formiert. Das ist in anderen Stadtgebieten wie Dessau-Nord, Törten und Ziebigk auch wegen der fehlenden bürgerschaftlichen Strukturen nicht gelungen, wie die Erfahrungen der letzten Legislatur zeigten:

Es ist wichtig, Bürgerinnen und Bürger in die Gestaltungsprozesse vor ihrer Haustür direkt einzubeziehen.

Deshalb steht die Linkspartei.PDS in Dessau-Roßlau für:

- Ortsteil- und Stadtteilbeiräte als anerkannte Interessenvertretung.

*Dazu müssen in der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt und in der Hauptsatzung der Stadt Dessau-Roßlau die gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden zur Gleichbehandlung der Ortschaftsverwaltungen und der Wahrnehmung der Verantwortung der Stadtverwaltung gegenüber den Ortschaftsräten. Ortschaftsräte sollen Einfluß nehmen können bei Rechtsverletzungen und Untätigkeit der Stadtverwaltung.*

- funktionsfähige Stadtteilstrukturen mit kulturellen und sozialen Einrichtungen,
- die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger bei Planungs- und Bauprozessen im Stadtteil,
- die Bewahrung, Pflege und Entwicklung von Traditionen in den Orts- und Stadtteilen.

## Persönliche Sicherheit

Persönliche Sicherheit ist eine wesentliche Voraussetzung für die Inanspruchnahme politischer, sozialer und kultureller Rechte.

Sicherheit, Gewaltfreiheit im öffentlichen Raum, Wahrung der persönlichen Integrität und Schutz des persönlichen Eigentums sind auch in Dessau ein wichtiger Maßstab für das Leben in der Stadt.

Die positive Beeinflussung des sozialen Klimas und der möglichst dauerhafte Abbau kriminalitätsbegünstigender und -erzeugender Strukturen sind daher zentrale kommunale Aufgaben.

Die Linkspartei.PDS setzt nicht auf den Ausbau des Polizeiapparates und der Videoüberwachung, sondern fordert ursachenorientierte Kriminalitätsbekämpfung und gewaltlose Konfliktlösung.

Die Linkspartei.PDS setzt sich ein für:

- die Gestaltung eines positiven Sozialklimas durch den Stadtrat, die Verwaltung, die Justiz, die Polizei, gesellschaftliche Organisationen, Parteien und Kirchen,
- gesellschaftliche Einrichtungen als Stätten sozialer Begegnungen, die dazu beitragen, öffentlich über kriminelle Gefährdungen aufzuklären und Zivilcourage zu fördern,
- eine vertrauensvolle und bürgernahe Zusammenarbeit von Einrichtungen der Polizei, der Rechtspflege, der städtischen Verwaltung mit den Bürgerinnen und Bürgern in einer Sicherheitspartnerschaft,
- eine gewaltfreie Konfliktbewältigung, insbesondere an Schulen, Unterstützung von Initiativen zur Hilfe von Opfern von Straftaten und Straftätern,

**Zukunftsfaktor:**  
Sicherheit setzt ein ausgewogenes soziales Klima für alle Bürger voraus und die Wahrnehmung von Verantwortung des Einzelnen.

- die Unterstützung all jener Kräfte, die sich, ausgehend von den Positionen des Antifaschismus, entschieden gegen Neonazismus und Rechtsextremismus, gegen Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus einsetzen. Das schließt ein die aktive Mitarbeit im Bündnis gegen Rechtsextremismus.
- die Unterstützung des Projektes „ Dessau-Roßlau - Stadt der Toleranz“,
- die Würdigung und Pflege der Gedenkstätten der Opfer des Faschismus und des Krieges in Dessau-Roßlau.

## VI. Mobilität - umweltfreundlich und leistungsfähig

### Dessau-Roßlau muss erreichbar sein

Deshalb ist ein gut ausgebautes und funktionierendes Verkehrsnetz notwendig, welches ökologisch und sozial vertretbar ist. Besondere Aufmerksamkeit erlangt hier der ÖPNV und der Radverkehr. Jeder soll sich innerhalb der Stadt auch ohne Auto sicher, schnell und kostengünstig bewegen können.

Die Linkspartei.PDS bekennt sich zum Hafenstandort Dessau-Roßlau als kommunale Gesellschaft und bekennt sich zur Elbe als internationale Wasserstraße und seiner Kulturlandschaft.

Die Linkspartei.PDS setzt sich dafür ein,

- dass die Tarife für die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel langfristig sozial-verträglich gestaltet werden, daher fordert die Linkspartei.PDS einen Sozialtarif für Sozialpassinhaber,
- dass alle Orts- und Stadtteile bequem, schnell und zuverlässig mit Bus oder Bahn erreichbar sind,
- dass Barrierefreiheit im ÖPNV umgesetzt wird,
- dass die Verkehrssicherheit in der Stadt durch verkehrsorganisatorische und bauliche Maßnahmen verbessert wird,
- dass das Radwegenetz ausgebaut und erneuert wird,

- dass die Schul- und Spielwege sicherer werden,
- dass Angebote wie Park&Ride-Tickets gefördert und vorhandene Parkflächen besser kenntlich gemacht werden,
- dass ein attraktives Nahverkehrsangebot entwickelt wird, welches sich an den Belangen des Kultur- und Hochschulstandortes Dessau orientiert,
- dass die Wanderwege in Parkanlagen und ortsnahen Waldgebieten instand gehalten und erweitert werden,
- dass eine bessere Anbindung der Stadt Dessau-Roßlau an das IC- und ICE-Liniennetz der Deutschen Bahn dauerhaft erreicht wird.

## VII. Kultur, Tourismus und Sport

Dessau - ist als Stadt zwischen Mulde und Elbe, als Stadt mitten im Weltkulturerbe des Dessau-Wörlitzer Gartenreiches, des Biosphärenreservates „Mittlere Elbe“ und des Naturparks Fläming, als Bauhausstadt und als Sport- und Kulturstadt weit über die Region hinaus bekannt. Dessau besitzt eine einzigartige Industriegeschichte und so manche technische Innovation nahm hier ihren Anfang. Dessau besitzt vielfältige kulturelle Traditionen und Einrichtungen, die einen nicht zu unterschätzenden Wirtschaftsfaktor darstellen.

**Zukunftsfaktor:**  
 Stadtentwicklung,  
 Citymanagement,  
 Kultur, Sport und  
 Tourismus werden  
 zunehmend zu ent-  
 scheidenden Des-  
 sauer-Roßlauer Wirt-  
 schaftsfaktoren.

Deshalb muss unsere Stadt noch intensiver als bisher mit ihrem kulturellen Angebot werben.



Die Linkspartei.PDS ist sich bewusst, dass bei sinkenden Bevölkerungszahlen in der Stadt und der Region die Erhaltung der kulturellen Einrichtungen nur durch den weiteren Ausbau des Tourismus möglich ist.

Das heißt für uns:

- Entwicklung des Anhaltischen Theaters als Theater der Region und einer ausreichenden Finanzierung des Theaters durch Land, Stadt und der Region zum Erhalt aller Sparten,
- keine weiteren Einschränkungen bei den Bibliotheken, den Galerien, den Museen, des Tierheims und dem Tierpark durch weitere Kürzungen von städtischen Zuschüssen, Erhalt der Bibliothek im Stadtteil Roßlau und Umzug in das Kulturkaufhaus.

Das heißt, sich einzusetzen für :

- die Erarbeitung eines Kultur- und Tourismuskonzeptes für unsere Stadt und für die gesamte Region,
- das Entgegenwirken einer Kriminalisierung von soziokulturellen Aktivitäten,
- die Unterstützung der Aktivitäten auf dem Gebiet der Theater- und Museumspädagogik,
- den Erhalt des Schwimmbades im Stadtteil Roßlau in kommunaler Trägerschaft.

## Dessau-Roßlau - die Sportstadt

Zahlreiche internationale Sportveranstaltungen haben unsere Stadt inzwischen international bekannt gemacht. Das soll auch in der Zukunft so bleiben. Für uns ist es erfreulich, dass in unserer Heimatstadt über 12.000 Menschen vereint im Stadtsportbund gemeinsam Sport treiben und damit etwas für die Stabilität Ihrer Gesundheit tun. Sport, Spiel und Bewegung für alle Generationen ist eine wichtige Grundlage für ein gesundheitsbewußtes Leben und fördert soziale Kompetenz.



Den Vereins- und Breitensport sehen wir als einen Bereich, der unserer ganzen Unterstützung bedarf, vor allem im Kinder-, Jugend-, Frauen-, Familien- und Seniorensport. Im Bereich des Leistungssportes setzen wir auf die Bündelung von Kräften im Interesse der stabilen Entwicklung von Nachwuchs für den Erwachsenensport. Kräfte bündeln, das heißt für uns, dem Ansehen des Dessauer Sports eine solide Perspektive zu geben.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Anerkennung des Sports als Teil der Jugendarbeit im weitesten Sinne,
- den Erhalt der entgeltfreien Nutzung der Sportstätten für alle Altersklassen, insbesondere für Kinder und Jugendliche,
- die langfristige Sicherung der Sportfördermittel auf dem erreichten Niveau,
- die Weiterführung der Sanierung vorhandener Sportstätten,
- die stärkere Anerkennung der Tätigkeit der zahlreichen ehrenamtlichen Übungsleiter und Trainer als gesellschaftliche Arbeit,
- den weiteren Ausbau des „Paul-Greifzu“ - Stadions zu einem Sportzentrum mit internationalem Niveau,
- die dauerhafte Sicherung der Leistungszentren,

Malt was Euch  
**BEWEGT!**





Dessau - Roßlau  
lebenswert, lebenswert,  
kulturvoll, wettroffen